

China und Indien lehnen die selbstmörderische Wind- und Solarbesessenheit des Westens ab

geschrieben von Andreas Demmig | 8. Januar 2024

Stopthesethings

Während Europa, Großbritannien, die USA und Australien damit beschäftigt sind, ihre Energieversorgung zu zerstören, bauen China und Indien Kohle- und Kernkraftwerke – um eine zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung von Industrie, Unternehmen und Haushalten zu erhalten. Dieses ist für ihre wirtschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung

Subventionierte Wind- und Solarenergie war noch nie nachhaltig. Der plötzliche und katastrophale Wertverfall der Hersteller von Windkraftanlagen und Solarmodulen; die zahlreichen großen Offshore-Windprojekte, die aufgegeben wurden; und die verbesserten Wahlergebnisse politischer Parteien, die bereit sind, den Betrug als das zu bezeichnen, was er ist, scheinen völlig unvermeidlich zu sein.

Beginnen Sie am Anfang: Ohne massive Subventionen gäbe es keine Wind- und Solarindustrie. Punkt.

Im folgenden Artikel stellt David Blackmon den starken Kontrast zwischen der wahnhaften Ideologie, die die Energiepolitik im reichen Westen bestimmt hat, und dem vollkommen praktischen Ansatz Chinas und Indiens dar.

Die USA sollten vor den enormen Kosten der britischen schwimmenden Windkraft gewarnt sein

The Telegraph, David Blackmon, 20. November 2023

Ich muss zugeben, dass ich laut gelacht habe, als ich am 16. November einen Bericht der BBC las, in dem die **jüngste Vergabe massiver neuer Subventionen** an britische Offshore-Windkraftentwickler durch die Regierung Rishi Sunak detailliert beschrieben wurde.

„Der Preis, der für die Stromerzeugung durch Offshore-Windparks gezahlt wird, wurde um 66 Prozent erhöht, da die Regierung versucht, Energieunternehmen zu Investitionen zu bewegen“, beginnt der BBC-Bericht und führt weiter aus: *„Dies geschieht, nachdem eine Auktion für Offshore-Windparks erfolglos geblieben ist. Die Unternehmen argumentierten, dass der Preis für den erzeugten Strom zu niedrig sei. Die Regierung hat den zu zahlenden Preis von 44 £ pro MWh auf 73 £ angehoben. Es besteht die Hoffnung, dass mehr Offshore-*

Windkapazität zu günstigeren Energierechnungen führt.“

Macht das für Sie Sinn? Wenn man (viel) mehr für Strom bezahlt, werden die Rechnungen billiger?

Das Vereinigte Königreich hat außerdem den Preis für schwimmende Offshore-Windenergie auf unglaubliche 176 £/MWh angehoben. Das sind schlechte Nachrichten für uns hier in den USA, da wir nicht viel Meeresboden haben, der für feste Offshore-Windkraft geeignet ist. Der Großteil unserer Offshore-Windenergie soll als äußerst teure schwimmende Anlage realisiert werden. Dennoch plappern Regierungsbeamte und die meisten Medien weiterhin ohne offensichtlichen Hintergrund die Idee nach, dass erneuerbare Energien billig seien.

Unterdessen genehmigt die Biden-Regierung in den USA weiterhin mehr Offshore-Windkraftprojekte, selbst angesichts der jüngsten erheblichen Abschreibungen großer Windkraftentwickler und der Entscheidung von Orsted, zwei Großprojekte vor New Jersey abzusagen. Am 31. Oktober erteilte die Verwaltung Dominion die Lizenz zur Entwicklung des kommerziellen Projekts Coastal Virginia Offshore Wind (CVOW), einem 900-MW-Projekt vor Virginia Beach. Gleichzeitig setzen die Biden-Regulierungsbehörden ihre Bemühungen fort, die Kohlekraftwerke in den USA vollständig abzuschalten.

Während sich die Sunak-Regierung im Vereinigten Königreich darauf konzentriert, eine faktische Rettungsaktion für die finanziell angeschlagenen Big Wind-Betreiber zu verschleiern, ist die kommunistische Regierung von Xi Jinping in China damit beschäftigt, Wege zu finden, um noch mehr neue Kohlekraftwerke in ihr eigenes Netz einzubinden. Zu diesem Zweck hat Chinas Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) kürzlich ein neues Programm angekündigt, in dem die chinesische Regierung den Bau neuer Kohlekraftwerke subventionieren wird. Die neue Subvention tritt am 1. Januar in Kraft und ist ein wichtiger Teil der Bemühungen, die Zuverlässigkeit und Stabilität des Stromnetzes auch in Zukunft sicherzustellen.

Die chinesische Regierung ist sich der dringenden Notwendigkeit einer ausreichenden thermischen Grundlast und einer regelbaren Erzeugung für ein stabiles und zuverlässiges Stromnetz bewusst. Ob es London, Washington DC oder den Vereinten Nationen gefällt oder nicht, Kohle bleibt in den meisten Entwicklungsländern die billigste und am reichlichsten verfügbare Brennstoffquelle, um diese Rolle zu erfüllen. Daher wird China, das bereits **mehr neue Kohlekraftwerke in der Entwicklung hat als der Rest der Welt zusammen**, ab 2024 den Bau noch weiterer neuer Kapazitäten subventionieren. China sagt, es werde „CO2-Neutralität“ erreichen – das ist jedoch nicht das Gleiche wie „Netto-Null“, da es keine anderen Treibhausgase als Kohlendioxid umfasst – im Jahr 2060, zehn Jahre nachdem die USA und Großbritannien offenbar Netto-Null erreicht haben werden.

Auch Indien setzt zunehmend auf Kohle. Das indische Kohleministerium kündigte am 13. November Pläne an, die inländische Kohleproduktion bis 2027 auf 1,404 Milliarden Tonnen zu steigern, und weiter bis 2030 auf 1,577 Milliarden Tonnen. Das Ministerium sagte, dass dieses Berücksichtigt die geplante Erweiterung um weitere 80 GW neuer Kohlekraftwerke-Kapazität in den kommenden 6 Jahren. Die inländische Nachfrage nach Wärmeerzeugung ist allein im vergangenen Jahr um 20 Prozent gestiegen, und Indien gibt an, dass es den Netto-Nullpunkt erst im Jahr 2070 erreichen wird.

Die BBC zitiert ungenannte Unternehmensquellen mit der Aussage: „Auf See erzeugter Strom wäre billiger und weniger anfällig für Schocksteigerungen im Vergleich zu Strom aus Gaskraftwerken.“ Nach Wladimir Putins Krieg in der Ukraine kam es in Europa sicherlich zu Preisschocks bei den Gaspreisen, aber die Großhandelspreise für Strom im Vereinigten Königreich sind in diesem Jahr unter den neuen Ausübungspreis für Offshore-Windenergie gesunken: und das ist keineswegs der höchste angebotene Ausübungspreis.

Dieses Vertrauen auf abgedroschene Narrative, die kaum oder gar keinen Bezug zu den beobachteten Ergebnissen haben, wird als Grundlage für massive schuldenfinanzierte Ausgaben hergenommen. Dabei ist alles durch politische Vorgaben der Regierung erzwungen worden. Das veranschaulicht perfekt, warum die „Politiker“ das schlechteste Segment westlicher Gesellschaften sind, um solche Entscheidungen für den Rest von uns zu treffen. Den Markt außer Kraft zu setzen, führt unweigerlich zu schlechten Ergebnissen, wie die Realität verdeutlicht.

Tatsache ist, dass Windkraft und andere erneuerbare Energiequellen teuer und nicht billig sind. Wären sie tatsächlich billig, hätten wir ohne staatliches Eingreifen damit begonnen, sie zu nutzen. Durch die Einführung erneuerbarer Energien wird die westliche Welt ihre Industrien wettbewerbsunfähig machen (oder z. B. Primärstahl, gibt ganz auf) und ihre Bevölkerung ärmer machen. Außerdem wird sie immer noch einen doppelten thermischen Energiesektor behalten müssen, der die Energie liefert, wenn es keinen Wind gibt und die Sonne nicht scheint. **Zu diesem Zweck muss Texas nun den Bau eines Gaskraftwerkes subventionieren**, da die Subventionen für erneuerbare Energien die Märkte bis zur Unkenntlichkeit verzerrt haben: In Texas herrscht kein Mangel an Erdgas.

Und egal, was Ihnen jemand erzählt, in einigen sehr großen Volkswirtschaften der Welt gibt es keine Abkehr von fossilen Brennstoffen. Eine „Energiewende“, die in China oder Indien nicht stattfindet, ist überhaupt kein Übergang.

The Telegraph

<https://stopthesethings.com/2023/12/21/china-india-reject-wests-suicidal-wind-solar-obsession/>

Übersetzt durch Andreas Demmig

I translated and reblogged it on <https://eike-klima-energie.eu/>
Thank you

Offshore-Windenergie erhöht den CO₂-Ausstoß – CFACT Studie

geschrieben von Andreas Demmig | 8. Januar 2024

Stopthesethings

Im Mittelpunkt des Narrativs steht die Behauptung, dass Windkraft den Ausstoß von Kohlendioxid verringere. Abgesehen davon, ob das überhaupt irgendeinen Nutzen hat, notwendige Nahrung für Pflanzen aus der Atmosphäre zu entfernen, ist die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Stromerzeugungssektor die einzige Prämisse, die einzige scheinbare Rechtfertigung für die unzähligen Milliarden Dollar an Subventionen, die explodierenden Strompreise, die immer unzuverlässigere Stromversorgung, die Umweltzerstörung und die Störung der Gemeinschaft, die unweigerlich folgt.

Grüne Milliardäre finanzieren große parlamentarische Hinterbänklergruppe der Tories bzgl. *Net Zero*

geschrieben von Chris Frey | 8. Januar 2024

[Chris Morrison](#), [The Daily Skeptic](#)

Fast die Hälfte der Hinterbänkler der Konservativen Partei im britischen Parlament gehört einem Klüngel an, der extreme Net Zero-Ideen fördert und von einer kleinen Gruppe grüner Milliardärsstiftungen finanziert wird. Das hauptsächlich als Lobbygruppe fungierende Conservative Environment Network ([CEN](#)) erhält über 80 % seiner Mittel von der European Climate Foundation, Rockefeller Philanthropy Advisers, Oak Foundation, WWF-UK und Clean Air Fund. Wie sich regelmäßige Leser

erinnern werden, tauchen diese Geldgeber immer dann auf, wenn einflussreiche Personen, seien es Journalisten, Akademiker oder Politiker, Hilfe und Anleitung bei der Förderung des Irrsinns benötigen, die Kohlenwasserstoff-Energie innerhalb von weniger als 30 Jahren aus den Industriegesellschaften zu entfernen.

Das CEN stützt sich auf „begutachtete“ Forschungsergebnisse, um auf parlamentarischer und kommunaler Ebene Lobbyarbeit für Net Zero zu betreiben. Es zählt über 150 Parlamentsabgeordnete und Peers in seiner parlamentarischen Fraktion, über 500 Gemeinderäte sowie 300 Unterzeichner einer „internationalen Erklärung“ aus 45 Ländern. Die von Milliarden finanzierte Organisation soll ein Netzwerk von „Net Zero [Champions](#)“ im Parlament unterstützen, „um die positive Argumentation zu unterstützen, dass Net Zero sowohl eine wirtschaftliche Chance als auch eine moralische Verantwortung darstellt“.

Als Russland in die Ukraine einmarschierte, „trugen wir dazu bei, die These zu verbreiten, dass die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch erneuerbare Energien und Isolierung helfen würde, Putin zu besiegen“, so das CEN. Es ist nicht ganz klar, wie die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch intermittierende erneuerbare Energien verringert wird, die auf Kohlenwasserstoffe als Reserve angewiesen sind. Es ist unwahrscheinlich, dass Putin bei dem Gedanken an die weit verbreitete Mobilisierung von Dachbodenisolierern in UK in seinen Stiefeln zitterte.

Der größte Zahlmeister des CEN scheint die European Climate Foundation zu sein, die von Sir Christopher Hohn, dem Geldgeber von Extinction Rebellion, stark unterstützt wird. Das CEN wird von Ben Goldsmith geleitet, der einer der fünf Treuhänder von Hohns Fonds, der Children's Investment Fund Foundation, ist. Er ist der Bruder von Lord Goldsmith, dem ehemaligen konservativen Umweltminister, der unter Premierminister Boris Johnson diente. Interessanterweise ist Johnsons Vater, Stanley, ein langjähriger Umweltaktivist, als Mitglied des CEN-Lenkungsausschusses aufgeführt.

Der [Clean Air Fund](#) wird ebenfalls von Hohn finanziert, zusammen mit Bloomberg Philanthropies, dem grünen Instrument zur Förderung der politischen Agenda von Michael Bloomberg, dem ehemaligen Bürgermeister von New York. Bloomberg ist bekannt dafür, die Aktivitäten von Politikern zu finanzieren, wie sich regelmäßige Leser erinnern werden. Er ist einer der wichtigsten [Geldgeber](#) von C40, einer Gruppe von Kommunalpolitikern aus der ganzen Welt, deren Vorsitz der Londoner Bürgermeister und [Feuerwerks-Impresario](#) Sadiq Khan führt. Die Entfernung von Autos aus den Städten – und eine Art Rationierung, bei der die Stadtbewohner auf eine tägliche Nahrungsmenge von 2500 Kalorien mit nur 44 g Fleisch beschränkt werden – sind nur einige der Vorschläge, die in internen Berichten kursieren.

Natürlich ist das Ansprechen von Politikern nichts Neues, und die

Lobbyarbeit bei Gesetzgebern ist seit langem ein großes internationales Unternehmen. Aber die neue Generation grüner Förderer ist besonders aggressiv und die angebotenen Geldsummen atemberaubend. Es wurde berichtet, dass Hohn 46 Millionen Pfund an C40 [gespendet](#) hat. Jeremy Grantham, wie Hohn ein Hedgefonds-Milliardär, finanziert britische akademische Einrichtungen und Journalisten, aber er scheint auch Politiker im Visier zu haben. Als er 2019 vor einer Gruppe von Geschäftsleuten in Kopenhagen über die bevorstehende Apokalypse sprach, fragte er rhetorisch: „Was soll ich tun, sagen Sie“? Sein Vorschlag: „Sie sollten Lobbyarbeit bei Ihren Regierungsvertretern machen – investieren Sie in eine Wahl und kaufen Sie einige Politiker. Ich freue mich, sagen zu können, dass wir das bei der Grantham Foundation ziemlich oft tun... jeder Kandidat, solange er nur [grün](#) ist.“

All dies, so könnte man argumentieren, hat dazu geführt, dass das britische Parlament einige der restriktivsten und potenziell katastrophalsten Net Zero-Gesetze der Welt abgenickt hat. Das eigentliche Net Zero-Ziel für 2050 wurde im Jahr 2019 von einem Premierminister ohne jegliche Debatte per Sekundärgesetzgebung durchgeboxt. Eine grün-aktivistische Rechtsabteilung innerhalb der Regierung, der Ausschuss für Klimawandel (Climate Change Committee), hält sich mit Forderungen nach Industrien zerstörenden Senkungen der Kohlendioxid-Emissionen zurück. Mehr als 12 Milliarden Pfund pro Jahr werden den Stromverbrauchern aus der Tasche gezogen, um die hoffnungslos ineffiziente Energie aus Brisen und Sonnenstrahlen zu bezahlen, die kaum 5 % des Gesamtenergieverbrauchs ausmacht. In den Städten werden die Autos der weniger Wohlhabenden bestraft, während leere Radwege, Straßensperrungen, Geschwindigkeitsbegrenzungen für Tempo 20 und in die Höhe geschnellte Parkgebühren überhand nehmen. In der Zwischenzeit gibt es im Kongo nicht genug Kinder, um das gesamte Kobalt abzubauen, das für spontan verbrennende Elektroautos benötigt wird, während Wärmepumpen die Lebenschancen alter und gebrechlicher Menschen in einem kalten britischen Winter katastrophal verschlechtern.

„Wir sind all jenen sehr dankbar, die CEN finanziell unterstützt und unsere Arbeit ermöglicht haben“, sagt das Conservative Environment Network.

Chris Morrison is the Daily Sceptic's Environment Editor.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/01/04/green-billionaires-fund-large-backbench-tory-net-zero-parliamentary-caucus/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

„Realistische“ Projektionen der globalen Erwärmung im 21. Jahrhundert

geschrieben von Chris Frey | 8. Januar 2024

Nicola Scafetta

Meine neue Studie zeigt, dass realistische Emissionsszenarien und Klimasensitivitätswerte sowie Szenarien der natürlichen Klimaschwankungen realistischere, nicht alarmierende Szenarien für das Klima des 21. Jahrhunderts zeigen.

Ich möchte Judith Curry dafür danken, dass sie mich eingeladen hat, einen kurzen Blogeintrag über meine gerade veröffentlichte Studie zu schreiben:

Nicola Scafetta: [Titel übersetzt] Auswirkungen und Risiken von „realistischen“ Projektionen der globalen Erwärmung für das 21. Jahrhundert. *Geoscience Frontiers* 15(2), 101774, 2024. <https://doi.org/10.1016/j.gsf.2023.101774>

Die Studie ist frei zugänglich und daher für jedermann einsehbar.

Meiner Meinung nach ist die Arbeit von Bedeutung, weil sie sich mit der zentralen Frage von allgemeinem Interesse befasst: Wie viel Erwärmung können wir im 21. Jahrhundert erwarten? Dies sind ernste Herausforderungen, die Wissenschaftler lösen müssen, um den politischen Entscheidungsträgern wirklich zu helfen. Ist der heutige Klimaalarmismus wissenschaftlich fundiert, oder handelt es sich lediglich um eine extrapolierte Sichtweise, die auf fehlerhaften Argumenten beruht?

Die Beantwortung einer solchen Frage bestimmt die Schritte, die unternommen werden müssen, um den zu erwartenden Bedrohungen im Zusammenhang mit möglichen zukünftigen klimatischen Veränderungen zu begegnen. Die Ungewissheiten sind jedoch so groß, dass kein Konsens erzielt werden kann. Einige argumentieren, dass wir am Rande einer massiven Klimakatastrophe stehen, wenn nicht schnell eine Politik der Netto-Null-Emissionen eingeführt wird, während andere argumentieren, dass nichts passieren wird. Technisch gesehen kann jeder Argumente für seine Überzeugung vorbringen, denn die Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Klimawandel sind groß.

Ich habe mich dafür entschieden, das Thema anzusprechen, indem ich die jüngsten Forschungen zur Verringerung der Unsicherheiten hervorhebe, um

zu „realistischeren“ Klimaschätzungen für das 21. Jahrhundert zu kommen. Auf dieser Grundlage könnten dann die tatsächlichen Auswirkungen und Gefahren des Klimawandels besser analysiert werden, in der Hoffnung, dass sich die Menschen auf die besten Abhilfemaßnahmen einigen können.

Ich habe vier Quellen für Ungewissheiten gefunden:

1. Welches Szenario eines gemeinsamen sozioökonomischen Pfades (SSP) für das 21. Jahrhundert ist am plausibelsten? Jüngster wissenschaftlicher Literatur zufolge ist es das SSP2-4,5-Szenario, ein moderates und pragmatisches Szenario, bei dem die CO₂-Emissionsraten bis 2050 in etwa auf dem heutigen Niveau bleiben und dann sinken, aber bis 2100 nicht netto null erreichen. Leider basiert der meiste Klimaalarmismus auf unrealistischen Szenarien wie SSP5-8.5 und SSP3-7.0, die zu einer Überschätzung der prognostizierten Erwärmung und zu größerem Alarm führen.

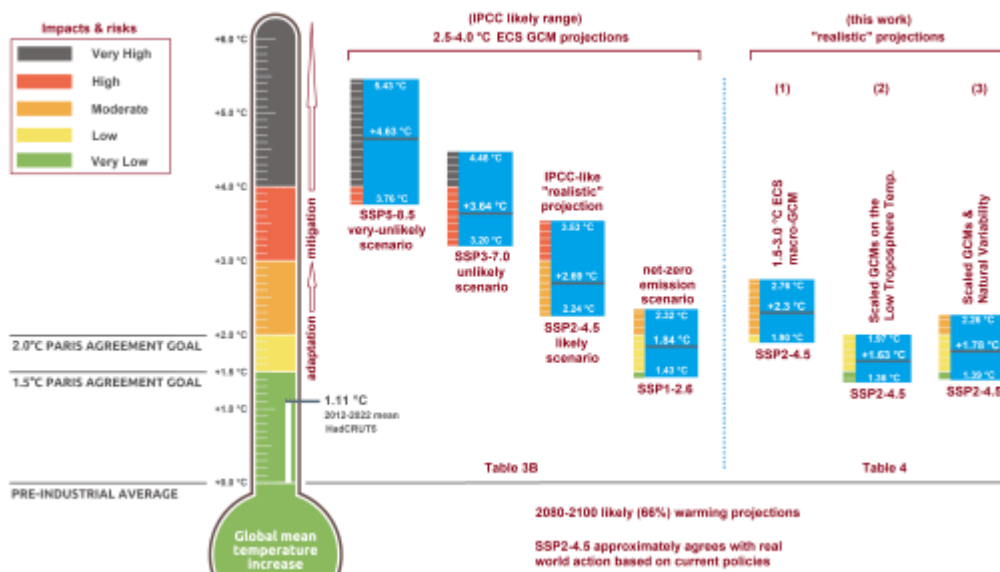
2. Wie empfindlich reagiert das Klima auf einen CO₂-Anstieg? Nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen sollte die Gleichgewichts-Klimasensitivität (ECS) zwischen 1 und 3 °C liegen. Leider stützt sich der IPCC AR6 in hohem Maße auf globale Klimamodelle mit einer ECS zwischen 2,5 und 4 °C (wahrscheinliche Spanne), wodurch die für die Zukunft prognostizierte Erwärmung überschätzt wird.

3. Können wir uns auf die von den Aufzeichnungen der Temperaturen dargestellte Erwärmung verlassen, um zu kalibrieren und/oder zu validieren, welche Modelle für Klimaprojektionen verwendet werden sollen? Die Klärung dieses Punktes ist von entscheidender Bedeutung, da die jüngste Literatur darauf hinweist, dass die Aufzeichnungen der Temperaturen durch nichtklimatische Verzerrungen (z. B. Verunreinigungen durch städtische Wärmeinseln) erheblich beeinflusst werden können, und da satellitengestützte Aufzeichnungen der Temperaturen in der unteren Troposphäre (z. B. UAH-MSU v6 und NOAA-STAR v5) eine Erwärmungsrate zeigen, die 30 % niedriger ist als die jüngsten Aufzeichnungen der Boden-Temperaturen (wie auch der IPCC AR6 zeigt). Das Problem ist, dass die Modelle davon ausgehen, dass sich die Troposphäre schneller erwärmt als die Oberfläche, nicht weniger. Infolgedessen sollte die Erwärmungsrate der Temperaturen am Boden in Frage gestellt werden. In diesem Fall laufen alle CMIP6-GCMs „zu heiß“ und zeigen einen sehr niedrigen tatsächlichen ECS-Wert (1-2 °C), was bedeutet, dass der künftige Klimawandel in allen Fällen moderater ausfallen würde als vom IPCC prognostiziert.

4. Die vierte Frage ist, ob die GCMs die natürliche Variabilität des Klimawandels genau wiedergeben. Diese Frage ist von Bedeutung, weist doch eine Vielzahl von Forschungsergebnissen darauf hin, dass die CMIP6-GCMs nicht in der Lage sind, die natürliche Klimavariabilität zu reproduzieren, da sie mehrere bekannte Klimazyklen auf allen Zeitskalen ignorieren. Es gibt eine quasi-millenniale Klimaschwankung mit wahrscheinlich solarem Ursprung, die das gesamte Holozän kennzeichnet

und für die gut dokumentierten römischen und mittelalterlichen Warmzeiten verantwortlich ist, welche die Modelle nicht reproduzieren können (wie der IPCC AR6 in Abbildung 3.2 zaghaft zugibt). Es wurden auch andere natürliche Oszillationen festgestellt, wie die quasi 60-jährige Oszillation im Signal der Atlantischen Multidekadischen Oszillation, sowie viele andere Oszillationen, die in früheren Studien als solar/astronomisch bedingt eingestuft wurden. Obwohl die GCMs darauf hindeuten, dass die beobachtete Erwärmung zu über 100 % vom Menschen verursacht wurde, könnten diese Oszillationen erheblich zur Erwärmung im zwanzigsten Jahrhundert beigetragen haben. Die Einführung der zyklischen natürlichen Variabilität sagt niedrige ECS-Werte (1-2 °C) voraus und zeigt, dass die GCMs den Einfluss der Sonne auf das Klima stark unterschätzen.

Unter Verwendung der oben diskutierten Informationen müssen „realistische“ Projektionen des Klimawandels unter Verwendung des SSP2-4.5 erstellt werden: (1) nur Modelle mit einem niedrigen ECS (weniger als 3°C); (2) Skalierung der Modelle auf die niedrigere Erwärmungsrate der Temperaturentwürfen der unteren Troposphäre; und (3) Annahme von semi-empirischen Modellen der natürlichen Klimavariabilität. Ergebnis: in allen drei Fällen stimmt die Erwärmung im 21. Jahrhundert mit der vom IPCC prognostizierten Erwärmung unter Verwendung des Netto-Null-Szenarios SSP1-2.6 überein. Dies wird in der unten stehenden grafischen Zusammenfassung meiner Studie deutlich:



Da der künftige Klimawandel voraussichtlich so moderat ausfallen wird, dass alle potenziell damit verbundenen Gefahren durch wirksame und kostengünstige Anpassungsstrategien wirksam bekämpft werden können, kann das im Pariser Abkommen vereinbarte Erwärmungsziel von 2,0 °C für das 21. Jahrhundert wahrscheinlich sogar unter dem machbaren und moderaten SSP2-4,5-Emissionsszenario erreicht werden, ohne dass rasche, extrem teure und technologisch wahrscheinlich unmögliche Maßnahmen zur Netto-Null-De karbonisierung durchgeführt werden müssen.

Link:

<https://judithcurry.com/2023/12/29/realistic-global-warming-projections-for-the-21st-century/#more-30826>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Von heute bis 2100 übersteigen die Kosten der Politik zur Verringerung von Emissions bei weitem jeden Nutzen der abgewendeten Erwärmung

geschrieben von Chris Frey | 8. Januar 2024

[Kenneth Richard](#)

Die Vorteile der *Nichteinhaltung* der Emissionsreduktionsziele des Pariser Abkommens überwiegen die Kosten, die selbst bei einem Worst-Case-Szenario der globalen Erwärmung im 21. Jahrhundert verbunden sind.

Eine neue umfassende [Analyse](#) (Tol, 2023) wägt das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Einhaltung der Emissionsziele des Pariser Abkommens ab, um die globale Erwärmung in Grenzen zu halten bzw. unter 2°C zu halten.

Die Analyse zeigt, dass selbst in den besten Szenarien (bei denen davon ausgegangen wird, dass die Maßnahmen zur Emissionsreduzierung ihre Ziele zur Vermeidung der Erwärmung vollständig erreichen) sowie in den schlimmsten Szenarien (bei denen von einer „ständigen Verwundbarkeit“ gegenüber durch die globale Erwärmung verursachten Klimakatastrophen und weitreichenden wirtschaftlichen Sparmaßnahmen ausgegangen wird) die mit der Abkehr vom Verbrauch fossiler Brennstoffe verbundenen Kosten in Höhe von mehreren Billionen USD um bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen (4,8 % des BIP), immer noch die Nettonutzenverluste (3,0 % des BIP) im Jahr 2100 überwiegen.

„Die zentrale Schätzung der Kosten der Klimapolitik, die unrealistischerweise von einer Umsetzung der geringsten Kosten ausgeht, liegt bei 3,8-5,6 % des BIP im Jahr 2100. Die zentrale Schätzung des Nutzens der Klimapolitik, bei der unrealistischerweise von hohen Emissionen ohne Politik und konstanter Anfälligkeit ausgegangen wird, liegt bei 2,8-3,2 % des BIP.“

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist fast zehnmal schlechter, wenn wir nur

die Nettoauswirkungen der Maßnahmen zur Emissionsreduzierung im besten und schlimmsten Fall bis 2050 betrachten, dem Jahr, in dem die Weltwirtschaft die Netto-Null-Ziele erreicht haben soll, wenn alles nach Plan läuft.

„Im Jahr 2050, dem Jahr von Net Zero, beläuft sich die beste Schätzung der Vorteile des 1,5°C-Ziels auf etwa 0,5 % des BIP, während die Kosten fast 5 % betragen.“

Wenn natürlich die realistischeren Ergebnisse in Bezug auf die Erreichung der Emissionsreduktionsziele eintreten und wenn die globale Erwärmung, die bei Nichterreichen dieser Ziele droht, nicht so übertrieben ist, wie die Modelle annehmen (z. B. 5°C Erwärmung bis 2100), übersteigen die Nettokosten der Klima-„Maßnahmen“ die Vorteile der vermiedenen Erwärmung um das Zwei-, Drei- und sogar Vierfache.

Einfach ausgedrückt: Die „Pariser Ziele bestehen den Kosten-Nutzen-Test nicht“.



The temperature targets in the Paris Agreement cannot be met without very rapid reduction of greenhouse gas emissions and removal of carbon dioxide from the atmosphere. The latter requires large, perhaps prohibitively large subsidies. The central estimate of the costs of climate policy, unrealistically assuming least-cost implementation, is 3.8–5.6% of GDP in 2100. The central estimate of the benefits of climate policy, unrealistically assuming high no-policy emissions and constant vulnerability, is 2.8–3.2% of GDP. The uncertainty about the benefits is larger than the uncertainty about the costs. The Paris targets do not pass the cost-benefit test unless risk aversion is high and discount rate low.

Figure 4 summarizes the key findings. The top (bottom) panel shows the costs and benefits of meeting the 2°C (1.5°C) target. The costs of the less ambitious target are just below 4% of GDP in 2100, rising to just above 5.5% of GDP for the more ambitious target. This is the average across models and scenarios in the IPCC 1.5°C Special Report database (Rogelj *et al.*, 2018). The range shown is plus and minus the standard error across models.

Recall that these results assume first-best policy implementation. Even simple policy imperfections, such as a failure to equate carbon prices between countries, would readily double the costs of climate policy (e.g., Bochringer *et al.*, 2009).

Figure 4 also shows the benefits, here defined as the difference between the SSP5-8.5 scenario and the respective policy scenarios. The baseline scenario is unrealistically hot, which strengthens the case for emission reduction. Nevertheless, the benefits of climate policy are smaller than its costs, some 2.8% of GDP for the 2°C target and about 3.1% for 1.5°C. The range shown is again plus or minus what may be considered a standard error (see Tol, 2022b, for its derivation).

The central estimate of the benefits is always smaller than the central estimate of the costs. Ignoring the uncertainty for the moment, regardless of the discount rate, the present costs exceed the present benefits; the net present benefits are negative.

The intermediate target — net-zero emissions by 2050 — does worse in the cost-benefit calculus than the long-term temperature target. The long-term target may bring net benefits after 2070. Before 2050, costs exceed benefits. In 2050, the year of net-

zero, the best estimate of the benefits of the 1.5°C target are about 0.5% of GDP while the costs are almost 5%.

This paper reviews the costs and benefits of climate policy and assesses the economic justification of the long-term climate targets in the Paris Agreement and the intermediate target of net-zero emissions by 2050. Assuming first-best policy implementation and the deployment of negative emission technologies yet to be demonstrated at scale, meeting the 2.0°C (1.5°C) target would cost just under 4.0% (over 5.5%) of GDP in the year 2100, with a considerable range of uncertainty. The benefits of these climate policies are smaller, just under (over) 3.0% of GDP in 2100, but the uncertainty about the benefits is considerable larger than the uncertainty about the costs. The central estimate is that the costs exceed the benefits throughout the 21st century, but from 2070 onward net benefits cannot be excluded. Note that the above benefits of climate policy are inflated by the choice of an unrealistically warm baseline scenario and constant vulnerability, and its costs deflated by the use of first-best policy implementation. The Paris climate targets therefore only pass the cost-benefit test if the discount rate is low and the rate of risk aversion high.

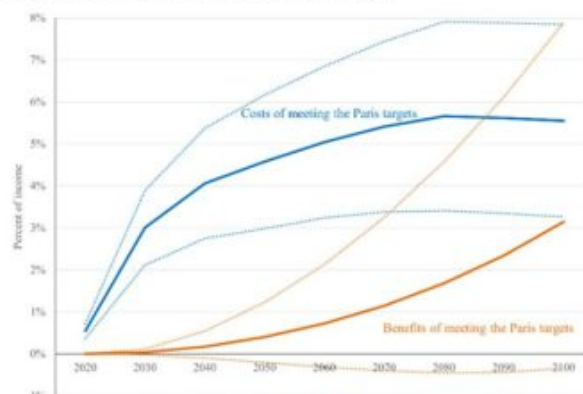


Figure 4. Costs and benefits of meeting the Paris targets of 1.5°C global warming.

Quelle: [Tol 2023](#)

Link:

<https://climaterealism.com/2023/12/from-now-to-2100-emission-reduction-policy-costs-greatly-exceed-any-net-benefit-from-averted-warming/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

